

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

November 2006



Die Hauptsorge ist die Arbeitslosigkeit

Kraftlos ist die deutsche Wirtschaft nicht. Auch vom „Standort Deutschland“ aus sind Unternehmen durchaus in der Lage, die Chancen der Globalisierung zu nutzen. Dieses Urteil des „Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ gefällt nicht nur der Bundesregierung. Es bestätigt auch diejenigen, die davor warnen, den schlechten Befund des Arbeitsmarktes für das ganze Bild der Wirtschaft zu nehmen. Wo es um absatzfähige Produkte und neue Techniken geht, können sich die Leistungen der Unternehmen immer noch gut sehen lassen. Und wo Absatzchancen winken, da wird auch investiert.

So weit, so erfreulich. Das Jahresgutachten der sogenannten „Fünf Weisen“ will und sollte aber nicht als Beleg für die Meinung gelten, Deutschlands Wirtschaft und Politik hätten die Herausforderungen der neuen Produktionsstandorte in der Welt bereits bestanden. Bei aller Erleichterung über die ansehnliche Wachstumsrate im Quartalsvergleich: Die Probleme des Arbeitsmarktes, vor allem im unteren Qualifikationsbereich, sind nach wie vor ungelöst. An dieser Stelle ihres Urteils über den Zustand der Wirtschaft und über die Qualität der Politik haben auch die Sachverständigen keine guten, nicht einmal befriedigende Noten zu vergeben. Sie sagen deutlich, dass Ideen wie Mindestlohn oder allgemeine Lohnzuschüsse ungeeignet sind, Arbeitslose wieder in eine produktive Arbeit zu vermitteln.

Der Sachverständigenrat empfiehlt mit Nachdruck ein Modell, das Anreize auf der Angebots- und auf der Nachfrageseite des Arbeitsmarktes geben soll: eine größere Spreizung der Lohnstruktur im Bereich niedriger Qualifikation und den Umbau des Arbeitslosengeldes II mit höheren Zuverdienstmöglichkeiten, aber auch mit spürbaren Abzügen bei Nichtaufnahme einer angebotenen Arbeit. Dieser Form von Marktnachahmung hat sich die Politik bislang allerdings nicht zuwenden wollen. Man sieht es an den Arbeitslosenzahlen und in den Sozialbilanzen.

Hans D. Barbier

Kostspieliger Klimawandel

Am 30. Oktober präsentierte Sir Nicholas Stern, der ehemalige Chefökonom der Weltbank, ein umfangreiches Gutachten über die wirtschaftlichen Folgen des globalen Klimawandels. Die unabhängige Studie wurde von der britischen Regierung in Auftrag gegeben und stellt den Risiken der Erderwärmung die Kosten ihrer Vermeidung gegenüber.

Sollten in den nächsten Jahren keine Maßnahmen ergriffen werden, könnten die steigenden Temperaturen ab Mitte dieses Jahrhunderts katastrophale Folgen haben; Stern sagt, sie könnten denen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit den beiden Weltkriegen und der dazwischen liegenden Depression gleichen. Die globale Wirtschaftsleistung würde jährlich um fünf bis 20 Prozent schrumpfen. Die Kosten für das Nichtstun beziffert er bis zum Ende unseres Jahrhunderts auf 5,5 Billionen €.

Inwieweit dieses Szenario Wirklichkeit wird, hängt vor allem davon ab, wie schnell die internationale Gemeinschaft effektive Gegenmaßnahmen ergreift. Bei umgehender Reaktion müssten laut Studie nur 274 Milliarden € ausgegeben werden, etwa ein Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts – ein „signifikanter, aber überschaubarer“ Betrag.

www.hm-treasury.gov.uk/

Vergebliche Werbung?

Seit ihrem Amtsantritt im November 2005 hat die amtierende Bundesregierung gut 3,3 Millionen € für Werbung über die anstehende Gesundheitsreform ausgegeben. „Alle Maßnahmen haben das Ziel, die Qualität der Versorgung zu verbessern, Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten der Versicherten zu erhöhen und insgesamt durch mehr Wirtschaftlichkeit, höhere Transparenz, stärkeren Wettbewerb und systematischen Bürokratieabbau die finanzielle Stabilität der gesundheitlichen Versorgung der Bürgerinnen und Bürger zu sichern“, heißt es in einer der Infobroschüren des Gesundheitsministeriums.

Laut Politbarometer erwarten allerdings lediglich vier Prozent der Befragten, dass die medizinische Versorgung in Zukunft besser wird; dagegen rechnen 74 Prozent mit sinkender Qualität im Gesundheitswesen. Eine ebenfalls große Mehrheit – 75 Prozent – befürchtet, dass durch

Öffentlichkeitsarbeit

PR-Ausgaben der Bundesregierung seit November 2005, in Millionen €

Gesundheitsaufklärung	4,0
Gesundheitsreform	3,3
Jahresendkommunikation	3,0
Wissenschaftsjahr 2005	1,5
Ausbildung/berufl. Bildung	0,8
Hightech-Strategie	0,7
Fußball-WM	0,6

Quelle: BT-Drucksache 16/2873

die Gesundheitsreform ihre Ausgaben für die medizinische Versorgung sowie die Krankenkassenbeiträge steigen werden.

www.zdf.de

Steigende Schuldnerquote

Am 1. Oktober 2006 konnten von 67,3 Millionen Erwachsenen (älter als 18 Jahre) rund 7,2 Millionen ihre Zahlungsverpflichtungen nicht mehr erfüllen. Sie waren überschuldet. Wie in den beiden Vorjahren ist die Schuldnerquote auch in diesem Jahr angestiegen. Arbeitslosigkeit und geringe Einkommen sind Hauptauslöser für die Überschuldung.

Rund 243 000 überschuldete Haushalte (von hochgerechnet 3,4 Millionen) haben bislang vom Recht auf Privatsolvenz und den daran gekoppelten Restschuldenerlass Gebrauch gemacht. Wenn Gläubiger immer öfter auf ihren Forderungen sitzen bleiben, wird das einen nachhaltigen Vertrauensschwund verursachen: Wer liefert noch Waren, wenn Rechnungen nicht bezahlt werden?

www.creditreform.de

Überschuldung

Schuldnerquoten	2005	2006
Bayern	7,6 %	7,7 %
Sachsen	9,5 %	9,8 %
Hessen	10,3 %	10,6 %
Thüringen	10,7 %	10,8 %
Niedersachsen	11,0 %	11,2 %
Brandenburg	11,8 %	11,8 %
Saarland	11,8 %	12,5 %
Berlin	14,8 %	15,2 %
Bremen	14,6 %	15,3 %
Deutschland	10,4 %	10,7 %

Quelle: Creditreform

Mehr „Bio“ in den Tank?

Der Deutsche Bundestag hat Ende Oktober das sogenannte **Biokraftstoffquotengesetz** beschlossen: Ab 1. Januar 2007 müssen Benzin und Diesel aus Mineralöl mit Biokraftstoff gemischt werden.

Als „Biokraftstoff“ gelten flüssige oder gasförmige Kraftstoffe, die aus Pflanzen, Pflanzenölen oder tierischen Fetten hergestellt werden. Diese Rohstoffe wachsen nach und stehen im Prinzip unbegrenzt zur Verfügung. Derzeit werden zwei unterschiedliche Sorten Biokraftstoff angeboten: Der Benzinersatz Bioethanol wird hauptsächlich aus Zuckerrohr hergestellt, kann aber auch aus Getreide gewonnen werden. Bioethanol wird in Nordamerika und Brasilien verwendet. In Europa wird dagegen eher Biodiesel nachgefragt. Er wird hier vor allem aus Rapsöl gewonnen, lässt sich aber ebenso aus Palmöl und Soja produzieren.

Ehrgeizige Zielsetzung der Politik

Mit dem Bundestagsbeschluss zur Zwangsbeimischung werden die außerordentlich ambitionierten Ziele einer EU-Richtlinie aus dem Jahr 2003 übernommen:

■ Vorrangig – so heißt es in der Richtlinie – gehe es um die Versorgungssicherheit mit Kraftstoff. Da das Erdölvorkommen endlich ist, will die EU nach und nach für Ersatz sorgen. Mit steigendem Biokraftstoffanteil vermindere sich die Abhängigkeit vom Erdöl, die Versorgung werde unabhängiger von Ländern, die Mineralöl produzieren und exportieren.

■ Die EU betont, dass der Einsatz von Biokraftstoffen er-

heblich zur Verringerung der Treibhausgasemissionen beitrage. Durch die Verbrennung von Biokraftstoff entstünden weniger Schadstoffe. Es würden – anders als bei herkömmlichen Kraftstoffen aus Mineralöl – weniger Kohlendioxid, weniger sogenannte Aromate sowie kaum Schwefel aus den Auspuffen der Kraftfahrzeuge geblasen; der Sprit vom Acker sei damit umweltverträglicher.

■ Schließlich hält die EU die Beimischung auch agrarpolitisch für wünschenswert. Mit der Begünstigung von Biokraftstoff würden neue Absatzmärkte für die europäische Landwirtschaft entstehen. Wenn die Bauern ihr Einkommen vermehrt durch den Anbau nachwachsender Rohstoffe erwirtschaften, könnten Subventionen gespart und die gemeinsame europäische Agrarpolitik mehr „auf eine multifunktionale Landwirtschaft ausgerichtet“ werden.

Produktionskosten und Kapazitätsgrenzen

Im Jahr 2005 wurden in Deutschland rund 23,3 Millionen Tonnen Benzin und 28,5 Millionen Tonnen Diesel aus Erdöl verbraucht. Zusätzlich wurden knapp zwei Millionen Tonnen Biodiesel und rund 260 000 Tonnen Bioethanol getankt. Damit waren rund 4,1 Prozent der Gesamtmenge Biokraftstoffe. Für das Jahr 2010 peilt die EU einen Anteil von 5,75 Prozent an. Um ihn

erreichen zu können, müsste allein Deutschland seine Produktionskapazitäten nahezu vervierfachen. Die Bundesregierung hält das für möglich. Sie hat jetzt – über die EU-Vorgabe hinaus – für 2010 sogar einen noch höheren Biospritanteil (6,75 Prozent) gesetzlich vorgeschrieben.

In diesem Jahr wurde in Deutschland auf einer Fläche von rund 1,5 Millionen Hektar Raps angebaut. Das entspricht in etwa der Größe Schleswig-Holsteins. Nach Meinung von Agrarexperten ist maximal ein Viertel aller möglichen Anbauflächen für den Rapsanbau geeignet. Das heißt, die Anbaumöglichkeiten für Raps sind in Deutschland schon fast ausgeschöpft. Eine Erweiterung ist kaum möglich.

Selbst wenn der erforderliche Kapazitätsausbau gelingen würde, wäre er teuer: Die Herstellung von Biokraftstoff aus Rapsöl kostet in Deutschland 51 bis 60 € pro hundert Liter. Die Produktionskosten für Diesel aus Mineralöl liegen bei rund 45 € pro hundert Liter. Erst wenn Rohöl mehr als 75 US-Dollar je Barrel kostet, rentiert sich der Ersatzstoff aus Raps. Zur Zeit beträgt der Rohölpreis etwa 60 US-Dollar pro Barrel.

Versorgungssicherheit mit Lücken

Bei Bioethanol und Benzin aus Mineralöl ist das Preisverhältnis noch ungünstiger. Erst ab einem Preis von rund 100 US-



„Die Akzeptanz des Umweltschutzes schwindet, wenn sich nicht gerade eine Katastrophe anbahnt. Auf die Klimakatastrophe zu warten, die den Umweltschutz voran bringt, wäre jedoch halsbrecherisch.“

Andreas Troge, Präsident des Umweltbundesamtes

Mineralölverbrauch

in Millionen Tonnen	Benzin	Diesel
1971	19,0	13,0
1973	20,5	14,3
1975	22,0	14,1
1977	24,2	15,7
1979	25,9	17,6
1981	25,1	17,1
1983	25,9	17,3
1985	26,2	18,1
1987	28,2	19,6
1989	29,5	20,8
1991	31,4	22,8
1993	31,5	25,1
1995	30,3	26,2
1997	30,2	26,2
1999	30,3	28,8
2001	27,9	28,5
2003	25,9	27,9
2005	23,4	28,5

Quelle: Mineralölwirtschaftsverband

Dollar je Barrel Rohöl wäre die heimische Bioethanolproduktion rentabel. Zwar wird Ethanol in Brasilien schon für 30 € je hundert Liter aus Zuckerrohr gewonnen. Aber der Import von Biokraftstoff aus diesem Land würde die Versorgungssicherheit in Deutschland und Europa nicht verbessern: Brasilien besitzt beim Ethanol ein Angebots-Monopol auf dem Weltmarkt.

Vor kurzem hat die EU-Kommission ausdrücklich darauf hingewiesen, dass ihre „Biokraftstoff-Strategie“ auch Vorteile für die Entwicklungsländer – insbesondere die Zuckerproduzenten – biete. Sie könnten vermehrt Biokraftstoffe in die EU exportieren. Vergessen hat die Kommission dabei möglicherweise, dass sie die Einfuhr von Biosprit aus Zuckerrohr bislang mit einem Schutzzoll von 19,20 € je hundert Liter belegt.

Vernachlässigte technische Probleme

Die Produktion ausweiten, mehr Biokraftstoffe importieren etc. – bei diesen Überlegungen muss berücksichtigt werden, dass die reine Mengenbetrachtung unzureichend ist. Biokraftstoffe haben einen erheblich niedrigeren Brennwert als konventionelle Kraftstoffe. Der Verbrauch von Biokraftstoffen könnte bis zu einem Drittel höher liegen als beim Einsatz von Diesel und Benzin aus Mineralöl.

■ Auch technische Probleme beim Gebrauch der Biokraftstoffe müssen bedacht und gelöst werden. Biodiesel aus Rapsöl muss durch Hinzufügen von Methanol und Natronlauge für Motoren verträglicher gemacht werden. Der daraus entstehende Methyl ester ist eine sehr aggressive chemische Substanz, die Dichtungen und Schläuche der Kraftfahrzeuge angreift. Dieselmotoren müssen deshalb umgerüstet werden.

■ Ethanol wiederum wirkt hoch korrosiv. Es muss in besonderen Tanks transportiert, die Fahrzeuge müssen mit Ventilen aus Spezialstahl und beschichteten Kraftstoffleitungen ausgerüstet werden. Ein ethanoltaugliches Fahrzeug kostet – je nach Fahrzeuggröße – 200 bis 1 000 € mehr.

Auch die Zielsetzung, neue Absatzmärkte für die landwirtschaftlichen Betriebe zu schaffen, ist nicht schlüssig. Der Mineralölwirtschaftsverband weist darauf hin, dass mit den festgelegten Beimischungsquoten die europäische oder heimische Landwirtschaft nur begrenzt unterstützt werde: Die Hälfte des für Biodiesel be-

nötigten Raps-, Soja- und Palmöls wird importiert.

Nun sind Agrarexporte für Entwicklungsländer wichtige Einnahmenquelle für Devisen. Aber viele dieser Anbauflächen werden für die Lebensmittelversorgung der eigenen Bevölkerung benötigt.

Prima Klima durch Biokraftstoff?

Wird der Anbau von Pflanzen zu Biokraftstoffproduktion künstlich angeregt, könnte möglicherweise die Nahrungsmittelproduktion heruntergefahren werden. Agrarwissenschaftler befürchten für manche Entwicklungsländer Knappheiten bei Futtermitteln, Milch, Eiern und Fleisch. Darüber hinaus sind schon heute Umweltgefahren deutlich zu erkennen: In Brasilien werden Wälder abgeholzt, um weitere Anbauflächen für Zuckerrohr zu gewinnen. Indonesien und Malaysia verwandeln ihre Regenwälder großflächig in Palmölplantagen.

Nach einem Kahlschlag erwärmt sich die Fläche durch die Sonneneinstrahlung stärker als vorher und verändert das lokale Klima. Es gibt keine Bäume mehr, die Wasser aufnehmen und speichern, die Verdunstung ist geringer, Wind fördert die Bodenerosion. Der Regen bleibt aus. Der Wasserhaushalt gerät ins Ungleichgewicht.

Weil die neuen Energiepflanzen in Monokulturen angebaut werden, sind sie besonders anfällig für Schädlingsbefall. Pestizide und Düngemittel müssen eingesetzt werden, wobei weitere nachteilige Wirkungen für das Grundwasser und für die Bo-

denqualität nicht auszuschließen sind.

Das Umweltbundesamt weist darauf hin, dass auch die positiven Effekte beim Einsatz von Biosprit relativ gering sind. Biodiesel reduziere den Ausstoß von Kohlendioxid im Vergleich zu Diesel aus Erdöl höchstens um die Hälfte; mit Bioethanol werden bestenfalls sogar nur zehn bis 20 Prozent weniger Kohlendioxid freigesetzt. Zwar ließe sich mit weiter entwickelten Biokraftstoffen mehr Kohlendioxid einsparen. Das Potenzial sei aber noch nicht abzuschätzen: Die neue Generation dieser Kraftstoffe sei über die Forschungsphase nicht hinausgekommen.

Die EU-Richtlinie und das Biokraftstoffquotengesetz, das diese Richtlinie in Deutschland umsetzt, erweisen sich bei näherem Hinsehen als Versuch, gute Absichten politisch zu verwirklichen. Die Nachteile werden kaum bedacht, schönegeredet oder tabuisiert.

Das ehrgeizige Zielbündel und die bis auf hundertstel Prozentpunkte festgelegten Kraftstoffquoten gaukeln eine Machbarkeit vor, die angesichts der komplexen Zusammenhänge allenfalls blauäugig genannt werden kann.

Andreas Schirmer

Biodiesel

in Deutschland, in Millionen Tonnen	Produktion	Absatz
2001	0,5	0,5
2002	1,0	0,6
2003	1,1	0,8
2004	1,2	1,2
2005	2,2	2,0

Quelle: Verband der Deutschen Biokraftstoffindustrie



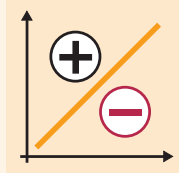
„Wir brauchen Euch. Das Handwerk ist wie kaum ein anderer Wirtschaftszweig von qualifizierten und motivierten Mitarbeitern abhängig. Jugendliche müssen also den Mut aufbringen und auf die Betriebe zugehen.“

Otto Kentzler, Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks

IM KLARTEXT

November 2006

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im November 2006

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung



Der Lehrstellenmarkt war Ende September 2006 so angespannt wie seit der Wiedervereinigung nicht: Knapp 50 000 junge Erwachsene hatten zwei Monate nach Beginn des aktuellen Ausbildungsjahres noch keine Lehrstelle, trotz aller Bemühungen von Politik und Wirtschaft. Laut Bundesagentur für Arbeit (BA) ist die Zahl vor allem deswegen so hoch, weil viele Bewerber aus den Vorjahren noch immer eine Ausbildungsstelle suchen.

Die BA setzt nun auf die Nachvermittlung. Immerhin seien im Zeitraum von Oktober 2005 bis Januar 2006 noch 16 800 unversorgte Jugendliche untergebracht worden. Welch ein Trost! Auch damals blieben rund 11 500 Bewerber unversorgt.

Viele Jugendliche, und besonders die, die schon seit Jahren eine Lehrstelle suchen, dürften sich in ihrer Einschätzung bestätigt fühlen, dass die Gesellschaft sie nicht braucht. Wenn schon ältere Arbeitslose diese Erkenntnis nur schwer verkraften – wer sich gleich zu Beginn des Arbeitslebens „aussortiert“ fühlt, kann wohl nur resignieren.

Geldwertstabilität



In diesem Jahr hat die Bundesrepublik Deutschland erstmals Anleihen ausgegeben, deren Zinsen an die Inflationsrate gekoppelt sind: Steigt die Inflation, steigt der Zinssatz. Die Papiere sind damit gegen Wertverlust gesichert. Für den einzelnen Anleger ist eine indexierte Anleihe vorteilhaft. Die Deutsche Bundesbank weist im Monats-

Inflationsangst

Verkauf der ersten indexierten deutschen Anleihe nach	
England	40 %
Italien	18 %
Frankreich	14 %
Deutschland	6 %
Niederlande	5 %
Sonstigem Europa	13 %
Asien	4 %

Quelle: Finanzagentur GmbH

bericht Oktober aber auf die Risiken dieser Indexierung hin: Sollten sich künftig nicht nur Staatsanleihen, sondern auch Löhne und Preise automatisch an der Inflationsrate ausrichten, würde die Geldentwertung beschleunigt.

Dass die bislang ausgegebenen Bundesanleihen einen derartigen Ausstrahlungscharakter entwickeln, ist unwahrscheinlich: Das Volumen von neun Milliarden € entspricht nur knapp sechs Prozent aller für 2006 geplanten Anleihen. Zudem wurden 94 Prozent von ausländischen Investoren gekauft und vor allem von institutionellen Anlegern – Banken, Fonds, Versicherungen – nachgefragt. Die Gefahren

sind damit allerdings nicht gebannt.

Eigenverantwortung



Eine aktuelle Bertelsmann-Studie belegt: Die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland wollen nicht frühzeitig zum „alten Eisen“ gehören. Fast zwei Drittel der Erwerbstätigen zwischen 35 und 55 Jahren haben vor, auch jenseits des sechzigsten Lebensjahres beruflich aktiv zu bleiben. Insgesamt wünschen sie sich individuelle Lösungen beim Übergang in die Rente: 61 Prozent möchten ihren Renteneintritt im Alter zwischen 60 und 67 Jahren selbst bestimmen können. Sie wären sogar bereit, dafür Abschläge von ihrer Rente in Kauf zu nehmen.

Selbstbestimmung

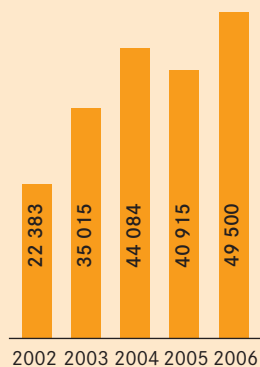
„Wie wollen Sie in die Rente einsteigen?“

Arbeitszeit reduzieren/ Teilzeit arbeiten	47 %
Weiterhin Vollzeit arbeiten	21 %
Zwischen Arbeit und Freizeit blockweise wechseln	19 %
Nicht mehr arbeiten	11 %
Weiß nicht	2 %

Quelle: Bertelsmann Stiftung

Lehrstellenmangel

Bewerber ohne Ausbildungsplatz jeweils Ende September



Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
 Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
 Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: Umweltbundesamt; ZDH
 Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
 erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

himmler